Parlament/Petitionsausschuss

2010-01-19 / 18:18:53 / [**Parlamentsdirektion**](http://www.ots.at/pressemappe.php?q=(EMITTENTID=172%0d%0a)&mabo=1)

## [SchülerInnen wollen mehr Demokratie in der Schule Hearing im Petitionsausschuss zur Bürgerinitiativen Jugendlicher](http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20100119_OTS0257%0d%0a&mabo=1)

   Wien (PK) - Jugendliche haben die Herabsetzung des Wahlalters genützt

und an das Parlament zwei Bürgerinitiativen zur Ausweitung der

Mitbestimmung an den Schulen eingebracht. Diese demokratiepolitische

Premiere fand im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen eine

entsprechende Antwort. Seit langer Zeit hielt der Ausschuss wieder

ein Hearing ab, um auch dadurch die Bedeutung, die man dem

demokratischen Engagement Jugendlicher beimisst, zu unterstreichen.

Es handelt sich dabei um die Bürgerinitiative des SchülerInnenvereins

"Coole Schule" mit dem Titel: "Wir wollen mitbestimmen -

Bürgerinitiative für mehr Schüler/innenmitbestimmung und

Schuldemokratie" sowie um die Bürgerinitiative der Österreichischen

Schülerunion "Demokratie macht Schule - MEINE MEINUNG ist nicht

wuascht!"

Die Abgeordneten werteten die beiden Initiativen auch als einen

Beweis für das Interesse Jugendlicher an der Politik und an

politischen Prozessen. Beide würden die Behauptung, junge Menschen

seien "politikverdrossen", widerlegen, so der allgemeine Tenor.

Zum Hearing waren nicht nur die beiden Initiatoren der

Bürgerinitiativen geladen, sondern zahlreiche ExpertInnen und

Auskunftspersonen.

Die zwei Bürgerinitiativen wurden schließlich einstimmig dem

Unterrichtsausschuss zugewiesen. Dort sollen sie im bereits

eingesetzten Unterausschuss zur Bildungsreform ausführlich diskutiert

werden.

SchülerInnenvertreter: Österreichs Schuldemokratie hinkt hinterher

Zunächst hatten die beiden Initiatoren der Bürgerinitiativen

Gelegenheit ihre Vorstellungen den Abgeordneten noch einmal zu

präsentieren.

So betonte Igor Mitschka vom überparteilichen SchülerInnenverein

"Coole Schule", dass Österreich in der Schuldemokratie hinterher

hinke. Schuldemokratie in Österreich werde nicht wirklich gelebt,

sagte er, bis zur 9. Schulstufe hätten SchülerInnen keine Möglichkeit

der Mitbestimmung. Als wesentliche Forderungen seiner Initiative

nannte er die verpflichtende Wahl von Klassen- und SchulsprecherInnen

an allen Schulen, die Einführung eines Klassenrats in allen

Schulklassen sowie die Einführung eines Schulparlaments an allen

Schulen als Ersatz für den Schulgemeinschaftsausschuss. In diesem

Schulparlament sollten die SchülerInnen ein Vetorecht haben. Es gehe

um eine gleichberechtigte Mitbestimmung, meinte Mitschka, denn durch

diese werde das demokratische Bewusstsein gestärkt.

Die Österreichische Schülerunion möchte laut **Oliver Möllner** mit ihrer

Initiative kleine und realistische Schritte setzen. Die wichtigsten

Zielsetzungen darin betreffen die Schulpartnerschaft und

Mitbestimmung, die Einführung der Briefwahl bei

Schülervertretungswahlen und die Schulautonomie. Er bedauerte, dass

das österreichische Schülerparlament noch kein legitimiertes Gremium

darstellt und forderte statt dem parteipolitisch besetzten Kollegium

im Landesschulrat einen Landesschulgemeinschaftsausschuss. Darüber

hinaus verlangen die Jugendlichen einen Bundesschulpartnerrat. Die

Bezirksschulräte sind ihrer Meinung nach abzuschaffen. In jedem

bildungspolitischen Gremium sollten laut Möllner die SchülerInnen

vertreten sein.

In diesem ersten Teil des Hearings kam auch die Bundesschulsprecherin

**Pia Bauer** zu Wort. Sie unterstützte beide Bürgerinitiativen, meinte

aber, dass diejenige der Schülerunion die wunden Punkte besser treffe

und realistische Forderungen stelle. Wichtig sei es, dass alle ihre

Meinung äußern können, indem sie VertreterInnen wählen, merkte sie

an. Man wolle als SchülerInnenvertretung ernst genommen werden,

appellierte sie, und deren Arbeit sollte auch geschätzt werden.

Abgeordnete grundsätzlich für Ausweitung der Schuldemokratie

Die Abgeordneten aller Fraktionen reagierten grundsätzlich positiv

auf das Engagement der Schülerinnen und Schüler. Dass die

SchülerInnen ihre eigene Meinung einbringen können, sollte eigentlich

zur Schulkultur gehören, meinte etwa Abgeordnete Rosa Lohfeyer (S).

Demokratie könne nur dann gelernt werden, wenn sie auch gelebt wird.

Ihr Klubkollege Abgeordneter Johann Hell unterstrich die

Notwendigkeit, die SchülerInnen insbesondere an den einzelnen

Schulstandorten einzubinden.

Ähnlich positiv fielen die Stellungnahmen der Abgeordneten Anna

Höllerer und Katharina Cortolezis-Schlager (beide V) aus. Beide

sprachen sich für eine altersadäquate Einbindung der SchülerInnen im

Rahmen der Mitbestimmung aus. Das politische Engagement müsse in der

Schule schrittweise erlernt werden, merkte Cortolezis-Schlager an.

SchülerInnen müssten aber auch lernen, Verantwortung zu übernehmen.

Auf alle Fälle sei der Vorschlag der Schülerunion zu prüfen, die

Unterschiede zwischen Hauptschulen und AHS im Bereich der

Mitbestimmung aufzuheben.

Für eine Stärkung der Schülermitbestimmung sprach sich auch

Abgeordnete Susanne Winter (F) aus. Gleichzeitig müsse die Schule

aber auch leistungsorientiert bleiben. Skeptisch zeigte sie sich

jedoch gegenüber der Forderung nach einem Klassenrat und damit

gegenüber der Mitspracherechte bei den Lehrplänen. LehrerInnen und

DirektorInnen hätten auf Grund ihrer Ausbildung und ihrer Erfahrung

mehr Kompetenzen zu entscheiden, welcher Stoff gelehrt werden soll,

meinte sie.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordnete Ursula Haubner (B),

bezeichnete Mitgestalten und Mitbestimmung als ein Bürgerrecht.

Deshalb dürfe man bei der aktuellen Diskussion um eine große

Bildungsreform das Thema Mitbestimmung nicht vernachlässigen. Umgang

mit der Demokratie sei ein wichtiger Teil der politischen Bildung und

damit einer der Kernpunkte der neuen Schule. Sie befürwortete die

Abschaffung der Landes- und Bundesschulräte und die Mitwirkung von so

genannten Landesschulgemeinschaftsausschüssen bei

Direktorenbestellungen.

Ebenso positiv äußerten sich die Abgeordneten der Grünen, Wolfgang

Pirklhuber, Tanja Windbüchler-Souschill und Harald Walser. Sie sahen

im Bereich der SchülerInnenmitbestimmung einen großen

Handlungsbedarf. Die Feedback-Kultur könne nicht zu früh beginnen,

betonte Abgeordneter Walser, weshalb er sich für Möglichkeiten der

SchülerInnenmitbestimmung bereits an den Volksschulen aussprach.

Bürgerinitiativen werden im Unterrichtsausschuss weiter diskutiert

In der Runde der ExpertInnen warnte die Vorsitzende der Aktion

Kritischer SchülerInnen, Iris Schwarzenbacher, davor, lediglich

Einzelmaßnahmen zu setzen. Notwendig sei ein umfassendes Paket. Sie

trat insbesondere für ein Mitspracherecht bei der Bestimmung ein,

welche Erweiterungsstoffe im Lehrplan gewählt werden. Ihrer Meinung

nach darf man aber nicht darauf vergessen, auch Raum für die Klärung

klasseninterner Fragen zu geben, denn damit trage man zur Entwicklung

der sozialen Kompetenz bei. Die Kinder in den Volksschulen sind ihr

zufolge durchaus in der Lage, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen.

**Maria Smahel** vom Katholischen Familienverband Österreich machte in

ihrem Statement darauf aufmerksam, dass Gesetze allein keine

Schulpartnerschaft schaffen. Vielmehr bedürfe es engagierter Menschen

und der Bereitschaft aller Partner zu einer positiven Zusammenarbeit.

Smahel unterstützte grundsätzlich Forderungen nach Stärkung der

Schulpartnerschaft und Ausweitung der Schulautonomie und sprach sich

für eine altersgemäße Einbindung im Rahmen der Mitbestimmung aus.

Kritik an der parteipolitischen Besetzung von Landes- und

Bezirksschulräten übte Bundesrätin Monika Mühlwerth (F/W). Sie

unterstützte daher die Forderung nach Abschaffung der

Bezirksschulräte. Skepsis äußerte sie gegenüber dem geforderten

Klassenrat und dem Schulparlament. Der Schulgemeinschaftsausschuss

ist ihrer Meinung nach nicht so schlecht, man sollte darin aber

geheim abstimmen können, sagte sie.

Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez vom Netzwerk Kinderrechte wies

auf Artikel 12 der Kinderrechtskonvention hin, wonach Kinder ein

Recht auf Mitbestimmung haben. Wichtig sei es, Kindern und

Jugendlichen dieses Recht nicht nur einzuräumen, man müsste ihnen

auch die Gewissheit geben, dass ihre Meinung ernst genommen wird. Nur

so könnten sich selbstbestimmte Menschen entwickeln, stellte die

Expertin fest.

Der Internationale Sekretär der Aktion Kritischer SchülerInnen,

Andreas Berger, befürwortete die Forderungen nach der demokratischen

Legitimierung eines österreichischen Schülerparlaments sowie die

Einbeziehung von SchülerInnen in alle Gremien. Das Modell der

Schülerunion hielt er jedoch insofern für verfehlt, als es sich zu

sehr auf die gegenwärtige Situation bezieht. Berger trat vehement

dafür ein, das Fach Politische Bildung bereits in den Volksschulen im

Lehrplan vorzusehen.

Die Bürgerinitiative der Schülerunion wurde von Nico Marchetti, dem

Landesobmann von Wien, deshalb für besser bewertet, als diese seiner

Ansicht nach konkrete und realistische Schritte enthält und somit

leichter umsetzbar ist. Er unterstützte die Einführung der Briefwahl

und appellierte an die Abgeordneten, die Forderungen der SchülerInnen

ernst zu nehmen. Eine Änderung der Strukturen alleine nütze nichts,

stellte er fest.

Am Ende der Expertenrunde ergriff der Obmann des

Unterrichtsausschusses, Abgeordneter Walter Rosenkranz (F), das Wort.

Er sagte den UnterstützerInnen der Bürgerinitiativen zu, ihre

Anliegen ernsthaft im Unterausschuss des Unterrichtsausschusses zu

diskutieren. Gleichzeitig machte er aus seiner Überzeugung kein Hehl,

dass die Mitbestimmung von SchülerInnen nur in einer altersgerechten

Einbindung sinnvoll ist. Leise Kritik übte er daran, dass seiner

Einschätzung nach die beiden Gruppen der Bürgerinitiativen

parteipolitische Präferenzen zeigen. Deshalb müsse seines Erachtens

darauf geachtet werden, dass die Schuldemokratie nicht zu einer

parteipolitischen "Vorwerbung" ausartet.

Positive Reaktionen von Eltern und LehrerInnen

Zu einer Stellungnahme wurden auch Auskunftspersonen geladen. **Eva**

**Scholik,** die Vorsitzende der AHS-Gewerkschaft, schloss sich jenen an,

die altersadäquaten Modellen für die Mitbestimmung den Vorzug gaben.

Mitsprache bedeute Mitverantwortung und fördere Verständnis für die

unterschiedlichen Zugänge, bemerkte Scholik. Bei der gesetzlichen

Umsetzung müssten die Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen sowie

die einzelnen Verantwortungen geklärt werden, verlangte sie. Scholik

begrüßte die Forderung nach Ausweitung der Mitspracherechte für die

10-14jährigen und unterstützte die Einrichtung von Landes- und

Bundesgremien.

Für die Eltern trat **Gerald Netzl**, der Vorsitzende des

Österreichischen Verbands der Elternvereine an öffentlichen

Pflichtschulen, ans Rednerpult. Auch er sprach sich für den Ausbau

der Schuldemokratie aus und kritisierte, dass derzeit die direkte

Mitbestimmung in den Klassen zu stark vom Willen und Wollen der

LehrerInnen abhänge. Deshalb seien gesetzlich festgeschriebene

demokratische Rechte notwendig, hielt er fest. Netzl knüpfte daran

auch die Forderung nach dem Ausbau der Förderung der Elternvertretung

auf Landes- und Bundesebene und die Verankerung von

Mitbestimmungsrechten von Eltern.

Seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur

äußerte sich Kurt Nekula. Er bezeichnete die beiden Bürgerinitiativen

als wichtige Impulse. Das Ressort sei um ein ausgewogenes Verhältnis

zwischen Information im Unterricht und Beteiligung von Kindern und

Jugendlichen bemüht. Als einen wesentlichen Aspekt halte er die

stärkere Einbeziehung der SchülerInnen am Schulstandort, machte

gleichzeitig aber auch deutlich, dass es zu keiner

Instrumentalisierung kommen dürfe. Nekula warnte vor einer

Überforderung der Kinder und plädierte daher für eine altersgemäße

Einbindung der SchülerInnen. VolksschülerInnen könnten sich durchaus

gut artikulieren, merkte er an.

SchülerInnenvertreter betonen Überparteilichkeit ihrer Initiativen

In ihren abschließenden Stellungnahmen unterstrichen die beiden

Initiatoren die Überparteilichkeit ihrer Anliegen. Oliver Möllner

(Schülerunion) wiederholte, dass die Punkte seiner Initiative sofort

umsetzbar wären. Er forderte zudem, wie auch Pia Bauer

(Bundesschulsprecherin), ein eigenes Budget für die

SchülerInnenvertretung. Igor Mitschka ("Coole Schule") hob hervor,

dass Mitbestimmung ein Kinderrecht und kein Gnadenakt sei. Die

Befürchtung, mit mehr Schuldemokratie ziehe auch mehr Parteipolitik

in die Schule ein, sei unbegründet, das zeigten auch alle bisherigen

Untersuchungen.

Die Abgeordneten aller Fraktionen bewerteten das Hearing äußerst

positiv. Die Schule sei in Bewegung geraten und dazu gehöre auch der

Demokratisierungsprozess, sagte etwa Abgeordneter Elmar Maier (S).

Das Thema Demokratie und Mitbestimmung müsse auch Teil der

Lehrerausbildung und der Verwaltungsreform sein.

Abgeordnete Katharina Cortolezis-Schlager (V) machte nochmals klar,

dass aus ihrer Sicht die Mitbestimmung altersadäquat erfolgen müsse.

Als Unterrichtsprinzip unterstütze sie, dass Kinder und Jugendliche

schrittweise Verantwortung übernehmen. Die V-Abgeordnete sprach sich

für den Ausbau der politischen Bildung aus und hielt die Forderung

nach gleichen Mitbestimmungsrechten in der AHS-Unterstufe und

Hauptschule als einen wichtigen Ansatz.

Vor allzu großen Gremien warnte Abgeordneter Bernhard Vock (F). Je

kleiner die Gremien, desto mehr Informationen würden die

TeilnehmerInnen erhalten, sagte er.

Für eine altersadäquate Schülermitbestimmung trat auch Abgeordneter

Wolfgang Spadiut (B) ein. Eine Mitbestimmung bei den Lehrplänen hielt

er jedoch für wenig sinnvoll.

Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill (G) sagte volle Unterstützung

bei der Einführung von Mitsprachemöglichkeiten für SchülerInnen

bereits in der Volksschule zu. Sie konnte sich sogar

Mitbestimmungsmodelle im Kindergarten vorstellen. Partizipation von

Kindern sei ein Kinderrecht. Dieses Recht sollte Grundlage für alle

weiteren Entscheidungen sein und nicht das ABGB mit seinen

Bestimmungen zur Mündigkeit, sagte sie.

Bunte Palette an Bürgerinitiativen und Petitionen

Abseits des Hearings befasste sich der Ausschuss mit einer bunten

Palette an Petitionen und Bürgerinitiativen. Unter anderem ging es um

die Vorratsdatenspeicherung, die Lage der österreichischen

Milchbauern, die Errichtung eines weiteren Erstaufnahmezentrums für

Asylwerber, die finanzielle Absicherung der ORF-Telefonhotline für

Kinder und Jugendliche "147 Rat auf Draht", die Forderung nach

Einführung einer "Reichensteuer" und die Situation der

Pensionskassen. Mehrere Petitionen und Bürgerinitiativen mussten

vertagt werden, weil angeforderte Stellungnahmen von Ministerien noch

nicht eingetroffen sind.

Was die vor kurzem eingelangte Bürgerinitiative zur Verhinderung der

Vorratsdatenspeicherung betrifft, einigten sich die Abgeordneten

darauf, Stellungnahmen von den betroffenen Ministerien und - via

Bundeskanzleramt - vom Datenschutzrat einzuholen. Abgeordnete aller

Fraktionen gaben zu bedenken, dass es hier noch viele offene Fragen

gebe, und mahnten eine intensive Diskussion ein. Bei der

Vorratsdatenspeicherung geht es um eine systematische Aufzeichnung

von Telefon- und Internetverbindungsdaten - gegen die Umsetzung einer

entsprechenden EU-Richtlinie gibt es breiten Widerstand.

Vom Petitionsausschuss zur Kenntnis genommen wurde eine Petition, die

sich in Reaktion auf ein OGH-Urteil dagegen wendet, behinderte Kinder

als "Schadensfall" zu qualifizieren und Eltern Schadensersatz

zuzugestehen, wenn aufgrund mangelnder ärztlicher Beratung ein

behindertes Kind geboren wird. Von Seiten der Abgeordneten wurde

darauf hingewiesen, dass es in Bezug auf eine Änderung des

Schadensersatzrechts noch Diskussionsbedarf gebe. Ein Ärzte-Leitfaden

für die Beratung von Schwangeren wurde Abgeordneter Anna Franz (V)

zufolge in Vorarlberg bereits erstellt und sollte in ganz Österreich

zum Einsatz kommen. Grüne, FPÖ und BZÖ plädierten für eine Zuweisung

der Petition an den Justizausschuss, konnten sich damit aber nicht

durchsetzen.

Zu einer Petition des European Milk Board merkte Abgeordnete Anna

Höllerer (V) an, einer Stellungnahme des Landwirtschaftsministeriums

zufolge würden neue Wege zur Förderung von Milchbauern gesucht.

Aufgrund der Unterstützung von 21 EU-Staaten werde es möglich sein,

auf europäischer Ebene neue Fördermittel für die Milchbauern

aufzutreiben. Abgeordneter Bernhard Vock (F) urgierte eine

Verringerung der Diskrepanz zwischen dem Milchpreis im

Supermarktregal und dem Preis, den Bauern für ihre Milch bekommen.

Die Bauern müssten von ihren Erzeugnissen leben können, bekräftigte

er.

Erfreut äußerten sich die Abgeordneten über die zumindest vorläufige

finanzielle Absicherung der Telefonhotline "147 Rat auf Draht".

Ausschussvorsitzende Ursula Haubner (B) und Abgeordnete Tanja

Windbüchler-Souschill (G) kündigten allerdings an, die weitere

Entwicklung im Auge behalten zu wollen. Haubner und Abgeordneter

Bernhard Vock (F) waren sich außerdem darin einig, dass es nicht

angehe, dass die Initiative jedes Jahr von Ministerium zu Ministerium

um Geld "betteln" gehen müsse, und mahnten die budgetäre

Hauptverantwortung eines Ressorts ein. Abgeordnete Rosa Lohfeyer (S)

wies auf den hohen Bekanntheitsgrad der Hotline bei 14- bis 18-

Jährigen hin.

In Bezug auf die Situation bei den betrieblichen Pensionskassen

forderte Abgeordnete Gertrude Aubauer (V) eine Gesetzesreform noch im

heurigen Jahr. Auch wenn das gute Ergebnis der Kassen 2009 zu

begrüßen sei, müsse es eine Lösung für die betroffenen Versicherten

geben, betonte sie. Das Ziel der zu dieser Frage vorliegenden

Bürgerinitiative, nämlich eine Prüfung des geltenden Gesetzes durch

den Verfassungsgerichtshof, wurde aufgrund einer ausreichenden Zahl

von Abgeordneten-Unterschriften erreicht.

Eine Bürgerinitiative mit dem Titel "Reichensteuer jetzt!" wurde

lediglich von Grün-Abgeordnetem Harald Walser unterstützt. Er wies

darauf hin, dass sich das Budget "in argen Nöten" befinde und auch

Vermögende einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten müssten.

Dem gegenüber schlossen sich Abgeordnete Dorothea Schittenhelm (V),

Abgeordneter Wolfgang Spadiut (B) und Abgeordnete Susanne Winter (F)

der ablehnenden Stellungnahme des Finanzministeriums an. Es sei nicht

angebracht, bereits versteuertes Einkommen nochmals zu versteuern,

wandte sich Schittenhelm dezidiert gegen eine Vermögenssteuer.

Auf Antrag von SPÖ-Abgeordnetem Hannes Weninger dem Innenausschuss

zugewiesen wurde eine Bürgerinitiative, die aus Solidarität mit

Traiskirchen die Errichtung eines weiteres Erstaufnahmezentrums für

Asylwerber im Süden Österreichs einfordert. Während sich Abgeordneter

Jochen Pack (V) positiv zur Initiative äußerte und eine gerechte

Verteilung von Lasten einmahnte, lehnte Abgeordneter Gerhard Kurzmann

(F) ein "zweites Traiskirchen" entschieden ab. Österreich brauche

kein weiteres Flüchtlingslager, schon gar nicht im Süden, bekräftigte

er. Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill (G) urgierte

menschenwürdige Bedingungen für Asylwerber und sprach sich für kleine

Flüchtlingszentren aus.

Die gesamten Beschlüsse des Petitionsausschusses finden sich auf der

Website des Parlaments im Menüpunkt Parlamentarisches Geschehen,

Pressedienst. Über die zur Kenntnis genommenen Petitionen und

Bürgerinitiativen wird ein Sammelbericht erstellt, der im Nationalrat

zur Diskussion stehen wird. (Schluss)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz

Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640

e-Mail: [pk@parlament.gv.at](mailto:pk@parlament.gv.at), Internet: <http://www.parlament.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/172>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER

INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

OTS0257    2010-01-19/18:18

191818 Jän 10